

# EINFÜHRUNG

Michael Schäfer

Unsere heutige Tagung der *Société Européenne de Culture* (SEC) ist bereits die dritte Veranstaltung, die wir nach Weimar und auf Schloss Neuhardenberg bei Berlin hier in Deutschland abhalten können, dieses Mal gemeinsam mit meiner Mitorganisatorin Antje von Graevenitz im kürzlich umgebauten Haus Cotta mit seinen Gastgebern, den SEC-Mitgliedern Hans-Ulrich Niedner und Bibiana Malay-Fuchs.

Die SEC stand mit an der Wiege des europäischen Einigungsprozesses. Sie ist eine in Venedig, und seit dem letzten Jahr auch in Colodi und Florenz ansässige Vereinigung der kulturell Tätigen, die sich in Zusammenarbeit mit mehreren nationalen Sektionen seit nunmehr 65 Jahren um die Ausbreitung von Toleranz und Dialogbereitschaft mit vielen internationalen Tagungen und durch ihre Zeitschrift "Comprendre" bemüht, auf die Zeitläufte Einfluss zu nehmen.

Besondere Verdienste erwarb sich die Kulturgesellschaft vor allem durch ihre zahlreichen Aktivitäten und Publikationen während der Zeit des Kalten Krieges unter der Herausgeberschaft von Umberto Campagnolo und dem wohl bekanntesten italienischen Rechtsphilosophen der Nachkriegszeit, Norberto Bobbio. Gerade als unabhängiger „Denkraum für Europa“, in dem Kultur als Schlüssel zum Dialog fungiert, konnte sie leichter als offizielle Repräsentanten von nationalstaatlichen Kulturmittlerorganisationen, die sich vornehmlich der Förderung der jeweiligen nationalen Sprache und Kultur verpflichtet fühlen<sup>1</sup>, aber vor allem auch unvorein-

<sup>1</sup> Wie beispielsweise die deutschen Goethe-Institute, britischen (British Council) oder französischen Kulturinstitute (Institut français).

genommener als Politiker, Verbindungen, Netzwerke und den offenen Dialog mit Intellektuellen und Künstlern hinter dem Eisernen Vorhang aufrechterhalten und ausbauen. Die seinerzeit geknüpften Kontakte trugen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu noch intensiveren Verbindungen bei, dabei aber im Auge behaltend, dass es für die SEC immer um das ganze Europa geht und nicht um die Gleichsetzung des vielfältigen Kontinents mit der Europäischen Union. Bronislaw Geremek, einer der maßgeblichen führenden Mitglieder der Solidarnosc-Bewegung, Überlebender des Warschauer Gettos und späterer Außenminister Polens, wurde viele Jahre bis zu seinem Tod der Vizepräsident unserer Kulturgesellschaft.

Der Gründer der SEC, der italienische Philosoph und Rechtswissenschaftler Umberto Campagnolo, engagierte sich schon während des Krieges in der Bewegung der "europäischen Föderalisten". 1945 veröffentlichte er das Buch "Repubblica Federale Europea"<sup>2</sup>, welches noch im gleichen Jahr auch in deutscher Übersetzung mit dem Titel "Der Europäische Bundesstaat - Die juristische Einigung Europas"<sup>3</sup> erschien. Dieser von ihm erwünschte europäische Bundesstaat sollte nicht nur - wie die Europäische Gemeinschaft und später die Europäische Union - aus Verträgen zwischen nationalen Regierungsvertretern, sondern vielmehr aus einem regelrechten Verfassungsprozess der europäischen Bürger hervorgehen, und gleichsam Vorbild und Modell für andere Teile der Welt werden. Dies ist ein Gedanke, den Ulrike Guérot in den letzten Jahren mit dem Akzent auf eine postnationale Demokratie, die zunächst auf die Utopie einer Europäischen Republik und dann beispielhaft auf eine Weltbürgerunion abzielt, versucht hat neu zu entwickeln, und den sie uns zum Abschluss der Tagung vortragen wird.

Heute sind wir von der Umsetzung dieser Art von optimistischen Vorhaben und Plänen jedoch noch weit entfernt. Barack Obamas Schlüsselbotschaft lautete einmal "Yes, we can!". Dieser Optimismus ist allerdings nicht nur im Hinblick auf innenpolitische Erneuerungen, sondern auch in Bezug auf eine neue „Weltordnung“, mit Europas Rolle als Vorbild und Modell darin, weit-

<sup>2</sup> Umberto Campagnolo: *Repubblica Federale Europea*. Milano 1945.

<sup>3</sup> Umberto Campagnolo: *Der Europäische Bundesstaat. Die juristische Einigung Europas*. Bern 1945.

gehend erloschen. War der europäische Integrationsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg noch getragen von Churchills Forderung der Schaffung einer Art „Vereinigten Staaten von Europa“ und ist die Europäische Union heute älter als so mancher Nationalstaat, so ist die Union gegenwärtig selbst keine Selbstverständlichkeit mehr, obgleich ja fast jede große internationale Krise Europa seine Schwäche, ja manchmal auch seine Hilflosigkeit, drastisch vor Augen führt.

Die heutige junge Generation, die mit dem europäischen Einigungsprozess aufgewachsen ist, hat erlebt, wie ihre Eltern auf dem Weg in den Urlaub an vielen Grenzen erzählten, dass es dort früher einmal Schlagbäume, Polizisten oder gar Soldaten sowie verschiedene Währungen gegeben hat. „Es war einmal“, sagten wir Eltern, wie im Märchen aus längst vergangenen Zeiten. Schengenraum, Eurozone, Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit? Eigentlich doch eine ganz selbstverständliche Sache, denn der „Mensch neigt allgemein dazu, die Ordnung, in der er lebt, für die natürliche zu halten“.<sup>4</sup> Und jetzt, wo Europa mit einer makroökonomisch wenig durchdachten, aber politisch gewollten Währungsunion, mit den Problemen einer stetigen Erweiterung anstatt substantieller Vertiefung, mit einer daher gehenden zunehmenden Ungleichheit, mit einer wachsenden Terrorgefahr und mit einer ungelösten Flüchtlingsfrage sowie mit einer anhaltenden gefährlichen Situation in der Ukraine konfrontiert ist und die Europäische Union damit mit so viel Krisenbewältigung beschäftigt ist, wie nie zuvor in der Geschichte, passiert das bisher angeblich Unmögliche: Brexit, Soldaten und Stacheldraht an innereuropäischen Grenzen, rechtspopulistische Wutbewegungen und Parteien, die sich überall in Europa ausbreiten und denen eine rationale Abwägung der Interessen und Meinungen zuwider ist, weil solch' eine Einstellung dem Versprechen eine(r) klaren Vormachtstellung des von ihnen repräsentiert geglaubten „Volkes“ nur hinderlich wäre. Und während das liberale Europa sich über Donald Trumps Pläne für eine Mauer entlang der mexikanischen Grenze mokiert, entstehen im Osten Europas neue Stacheldrahtzäune. „Offene Grenzen gelten“ unter dem zunehmenden Migrationsdruck, dem sich Europa seit 2015 ausgesetzt sieht,

<sup>4</sup> Czeslaw Milosz: *Verführtes Denken*, Frankfurt/Main 1974, S. 38f.

„nicht mehr als Zeichen von Freiheit, sondern als Symbol der Unsicherheit“.<sup>5</sup> Damit konkretisiert die Flüchtlingskrise mit ihrer Rationalisierung der Politik auf einen Schlag die zuweilen abstrakten Debatten um die Globalisierungsfolgen im europäischen Alltag und sorgt bei den Bürgern der Europäischen Union „nicht nur für eine Skepsis gegenüber ihrem eigenen politischen Modell, sondern auch für eine bittere Spaltung der Europäischen Union und eine Wiederbelebung der Ost-West-Spaltung, die 1989 überwunden“ geglaubt zu sein schien.<sup>6</sup> Nun können aber nationalstaatliche Konzepte noch so heftig und häufig beschworen werden, unter den Voraussetzungen neuer Kommunikationstechnologien, die den Zugang zu globalen Informationsquellen eröffnen, werden auch neu errichtete Grenzen der globalen Migration allerdings kaum standhalten – zumindest nicht unter der Wahrung der Menschenrechte, zu deren Achtung sich die Europäische Union verpflichtet hat. Und es bleibt ein Fehler zu glauben, als nationaler Akteur besser Widerstand gegen weitere unerwünschte Globalisierungsprozesse in einer multipolaren Welt leisten zu können. Eine Rückkehr zu einer rein nationalstaatlichen Ebene dürfte viele der bestehenden Probleme eher noch verschärfen.

Nichtsdestotrotz erhielten in den Niederlanden und in Frankreich Rechtspopulisten vor kurzem die bisher höchsten Zuwächse an Stimmen, ohne aber die Wahlen – wie von ihnen erhofft und von vielen anderen befürchtet – letztlich auch zu gewinnen. Auch in Österreich konnte der rechtsextreme Kandidat Norbert Hofer bei den Präsidentschaftswahlen zunächst hohe Stimmenzuwächse erzielen ohne aber auch hier den letzten entscheidenden Wahlgang für sich zu entscheiden. Aber erste Erleichterung ob der verfehlten Ziele der Rechtspopulisten ist noch kein Grund für Zuversicht, auch nicht nach dem Wahlsieg des neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, weil dieser die Stimmung im Hinblick auf die Europäische Union kurzfristig positiv zu verändern vermochte. Denn haben sich Europas Zukunftsaussichten dadurch verbessert? Darauf deutet bisher wenig hin: Weder gibt es weiterhin realistische Aussichten im Hinblick auf eine gemeinsame Flücht-

<sup>5</sup> Ivan Krastev: *Europadämmerung*, Berlin 2017, S. 45.

<sup>6</sup> Ivan Krastev, S. 53.

lings- und Migrationspolitik, die auch die wiedererweckte Ost-West-Spaltung vermindern könnte, noch – gerade mit Blick auf den Mittleren Osten und Afrika – eine sich abzeichnende einheitliche Sicherheitspolitik.

Die Fähigkeit der Europäischen Union, sich nach Mittel- und Osteuropa durch sanfte Macht in Richtung Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit zu erweitern, galt noch als Beweis ihrer transformativen und integrativen Kraft nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges. Doch die Unterstützung für die rechtsstaatliche Demokratie ist dort mittlerweile in weiten Teilen zusammengebrochen, antiliberale Herrschaftsformen angespornt vom allgemeinen Lebensgefühl einer „Überforderung in einer grenzenlosen Welt“ befinden sich wieder im Aufwind.<sup>7</sup> Fortan, so scheint es, prägt in Europa nicht nur mehr das alte Zentrum seine Ränder, sondern umgekehrt, die Ränder, die die Europäischen Union vornehmlich als ein „Trojanisches Pferd der neoliberalen Globalisierung“<sup>8</sup> betrachten und die sich gleichsam zunehmend in nationalstaatliche Versionen und Visionen des späten 19. Jahrhunderts verrennen, zwingen dem Zentrum seine Themen auf. Autoritäre Nationalisten sehen in der Flüchtlingskrise und der geschürten Angst vor einer Islamisierung der europäischen Gesellschaften eine willkommene Gelegenheit, eine ressentimentgeladene und rückwärtsgewandte Kulturrevolution am Laufen zu halten, wobei sie gleichsam dem Islam als Ganzes vorwerfen, dass letztendlich nur der repressive „Politische Islam“ das Verhältnis von Staat, Recht, Kultur und Gesellschaft unter Muslimen denken und gestalten könne. Kurzum, eine *Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen* - ob der Heterogenität durch die steigende Anzahl der Mitgliedsländer mit sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen -, kennzeichnet die heutige Union. Vor allem die in Mittel- und Osteuropa tief verwurzelten Haltungen des Trotzes, des Ressentiments und des Misstrauens gegenüber dem kosmopolitischen Denken westeuropäischer Eliten, aber auch die in Westeuropa wachsende kritische und zynische Einstellung gegenüber ihrer eigenen meritokratischen Elite

<sup>7</sup> Bernd Stegemann: Das Gespenst des Populismus. Berlin 2017, S. 8.

<sup>8</sup> Ralf Fücks: Freiheit verteidigen. Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen. München 2017, S. 15.

und gegenüber den sogenannten Mainstream-Medien gefährden den Konsens und Zusammenhalt in der Europäischen Union, die sich seit nunmehr 8 Jahren im permanenten Krisenmodus befindet.

Kann nun aber die Europäische Union die Kräfte der selbsternannten *illiberalen Demokratien*<sup>9</sup>, die die vermeintliche Übermacht Brüssels und gleichsam auch zentrale Aspekte des politischen Liberalismus infrage stellen, aufhalten? Darauf deutet bisher wenig hin: Die derzeitige polnische Regierung putschte gegen das eigene Verfassungsgericht und führte kürzlich aus innenpolitischen Gründen eine schmutzige Kampagne gegen die Wiederwahl des europäischen Ratsvorsitzenden Donald Tusk, der ihr eigener Staatsbürger ist. In Ungarn, vormals das liberalste Land im kommunistischen Ostblock, lässt die von Viktor Orbán geführte Regierung die letzte oppositionelle Zeitung verbieten, und es gibt Bestrebungen die international angesehene *Central European University* (CEU) mit Verleumdungen aus Budapest herauszudrängen oder zu verstaatlichen. In Tschechien und in der Slowakei gibt es Parteien, die die Mythologisierung der Nationalgeschichte mit entsprechenden Feindbildern auf ihre Fahnen geschrieben haben. Aber auch in England, dem anderen Rand Europas, wurden Richter wegen des Urteils, dass das Parlament am Brexit zu beteiligen sei, als „Volksfeinde“ verhöhnt, und die mutige Initiatorin des Rechtsstreits Gina Miller wurde auf übelste Weise beschimpft und bedroht.

Für die nächsten Jahre steht daher vor allem zu befürchten, dass die Europäische Union wegen der Brexit-Verhandlungen vornehmlich von einem langen und hässlichen Scheidungsprozess in Anspruch genommen werden wird, so dass sie kaum Zeit haben wird,

<sup>9</sup> Den Begriff der „illiberalen Demokratie“, im Sinne einer nationalen illiberalen Staatsordnung, hat Viktor Orbán im Sommer 2014 erstmals bei einer Veranstaltung der Fidesz-Partei in Siebenbürgen öffentlich verwendet. Jan-Werner Müller (Illiberale Demokratie? In: *Transit - Europäische Revue* 48 [2016], S.15) möchte aber im Anschluss an Aurel Croissants und Peter Thierys bereits zu Beginn des neuen Jahrtausends gemachten Überlegungen (Defekte Demokratie. In: Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Christian Welzel [Hg.]: *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Bereich*. Wiesbaden 2000, S. 89-111) eher von „defekten Demokratien“ sprechen, da es trotz der Einschränkung von Grundrechten, es immer noch möglich sei, durch Wahlen eine andere Regierung zu wählen.

ihre Energien nach innen und außen zu entfalten. Und zu den Illusionen, Beitrittsverhandlungen mit Erdogans Türkei aufrechtzuhalten, gehört es, die Erinnerung wach zu halten, dass die Europäische Union, wie im Übrigen auch die NATO, ein Club rechtsstaatlicher Demokratien ist. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Was also tun? Ambitionierte Vorschläge aus der Politik, wie die von Macron, konzentrieren sich auf eine Verstärkung der europäischen Rechte im Bereich der Sozialpolitik oder auf verstärkte Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik, die der gerade gewählte Präsident – wenn überhaupt – nur in bewährter deutsch-französischer Zusammenarbeit, am liebsten mit Merkel, realisieren könnte. Ihre Wiederwahl im September steht allerdings noch aus. Anfang März dieses Jahres hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker den europäischen Parlamentariern ein eher lustloses Weißbuch präsentiert, das nicht nur ein Szenario für die Zukunft Europas enthielt, sondern deren gleich fünf.<sup>10</sup> Damit verband er sogleich die Forderung, dass die Mitgliedstaaten endlich damit aufhören sollten, sich hinter der Kommission zu verstecken. Die Mitgliedstaaten sollten sich dagegen lieber selbst darüber verständigen, was sie eigentlich wollen, was dieses Europa eigentlich sei und was es tun oder lassen soll.

- Szenario 1: Ein **“Weiter so wie bisher”**, mit dem man zwar gewisse Erfolge erzielen könnte, ohne aber keines der tiefer gehenden Probleme wirklich zu lösen.
- Szenario 2: eine **Reduzierung der EU auf den Binnenmarkt**.
- Szenario 3: **„Wer mehr will, tut auch mehr“**; ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Dieses Modell wurde allerdings 1994 bereits in einem Positionspapier von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers vorgeschlagen, und dieses flexible Modell ist de facto längst Realität und seit dem Vertrag von Lissabon zudem geltende Vertragsgrundlage.
- Szenario 4: **„Weniger, dafür aber effizienter“**, d.h. eine Rückführung der Europäischen Union auf ihre Kernkompetenzen.

<sup>10</sup> Weißbuch zur Zukunft der Union. Überlegungen und Szenarien für die EU 27 in 2015. Europäische Kommission 1. März 2017.

- und schließlich Szenario 5: eine **umfassende Erweiterung der Zusammenarbeit** in allen Politikbereichen.

Vermutlich aber werden zukünftige Ereignisse und Krisen den Horizont des Wartens und Planens sowieso durchbrechen. Das gilt umso mehr in Zeiten einer zunehmenden Globalisierung, in der die Politik nach immer schnelleren Lösungen sucht, wobei die Option „Exit“ vielen attraktiver erscheint als Ausdauer und Geduld. Zukünftige Krisen und Ereignisse in Zeiten eines globalen Umbruchs werden mithin an dem Rahmwerk der anvisierten fünf Möglichkeiten rütteln, die mit den dargestellten Szenarien bereits festzustehen scheinen. Kein Plan oder keine neuen Verträge können „die geballte schöpferische Kraft der Geschichte antizipieren oder gar adäquate Antworten auf ihre Launen bereithalten“, wie es Luuk van Middelaar in seinem Buch „Vom Kontinent zur Union“ so eindringlich formuliert hat.<sup>11</sup> Die Macht des europäischen Telos' aber, nämlich die weltgeschichtlich bisher einzigartige Leistung, sich als ein Kontinent der Zukunft gemeinsam zu stellen, ist von einer derart unerschütterlichen Art, dass dieses Ziel in und nach jeder Krise immer wieder aufs Neue belebt werden kann. Das Programm der Tagung stellt einen Versuch dar, einen Beitrag dazu aus unterschiedlichsten Blickwinkeln zu leisten.

<sup>11</sup> Luuk van Middelaar: Vom Kontinent zur Union – Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa. Berlin 2016, S. 497.